

Zuger Kirsch wird zur geschützten Marke

ORIGINAL Das Traditionsprodukt ist nach jahrelanger Arbeit endlich geschützt. Dies bringt nicht nur Vorteile.

Der Zuger Kirsch ist das wohl bekannteste und traditionsreichste Produkt aus unserem Kanton. Seit einem halben Jahrtausend werden in der Region Chriesi angebaut, seit über 150 Jahren werden diese zum berühmten Schnaps verarbeitet. Um die Marken Zuger Kirsch und Rigi Kirsch zu schützen, arbeitet der Verein Zuger & Rigi Chriesi seit 2007 an einer Eintragung ins Register der Ursprungsbezeichnungen. Gestern überreichte Paolo Degiorgi vom Bundesamt für Landwirtschaft dem Verein nun die Appellation d'Origine Protégée (AOP) – der Zuger Kirsch ist somit geschützt.

Richtlinien für die Zuger Spezialität

Wo Zuger Kirsch draufsteht, ist ab sofort auch ausschliesslich Zuger Kirsch drin. Nur wer Brennkirchen aus der Region Zug-Rigi verwendet, diese ausserdem hier destilliert und das AOP-Pflichtenheft erfüllt, darf seinen Brand von nun an noch Zuger Kirsch oder Rigi Kirsch nennen. Zum Gebiet Zug-Rigi gehören dabei der gesamte Kanton Zug sowie neun Schwyzer und sieben Luzerner Gemeinden. Insgesamt 300 Brennkirchenproduzenten und über 60

lizenzierte Destillieren stehen in diesem Einzugsgebiet. Sie verarbeiten jährlich 1200 Tonnen Brennkirchen zu mehr als 50 000 Liter Kirsch.

Mehrwert für Zuger Chriesi

Louis Suter, Präsident des Vereins Zuger & Rigi Chriesi, ist stolz auf den Erhalt des AOP-Labels. In den letzten Jahren nahm die Kirschproduktion im Kanton immer weiter ab, da die Hoch-

«Für die Brennereien bedeutet das Zertifikat Mehraufwand.»

HANS ETTER,
VERWALTUNGSRATSPRÄSIDENT
BRENNEREI ETTER

stammbäume entweder nicht richtig gepflegt wurden oder gar ganz verschwanden. Ausserdem wurden die Schutzzölle auf den Kirsch aufgehoben, was zur Verdrängung der Schweizer

Kirschen durch ausländische Früchte und einem drastischen Preiszerfall führte. Um diesem Abwärtstrend entgegenzuwirken, gab es nur eine Möglichkeit: den Schutz der Ursprungsbezeichnung und die damit

Erter, Verwaltungsratspräsident der Zuger Brennerei Etter, ist von der positiven Wirkung des Zertifikats überzeugt: «Die Landwirte können nun auf einen geschützten Markt vertrauen und werden ihre Chriesi-Bäume daher wieder vermehrt pflegen. Erstens steigt die Wertschätzung für das Produkt, zweitens können die gewerblichen und bäuerlichen Betriebe höhere Preise für ihren Kirsch verlangen.» Laut Louis Suter sollte man ausserdem darüber nachdenken, den Zuger Schnaps vermehrt in die globalisierte Welt zu tragen. So würden sich die Absatzmöglichkeiten vervielfachen.

Ab 2014 die ersten Flaschen

Hans Etter deutet aber auch auf die Nachteile hin, die der Schutz der Ursprungsbezeichnung mit sich bringt: «Für die Brennereien bedeutet das Zertifikat einen deutlichen Mehraufwand und höhere Kosten.» Dies nehme man aber gerne in Kauf, schliesslich sei man mit Leidenschaft dabei, wenn es um Zuger Chriesi geht. Wenn mit der Ernte im nächsten Jahr alles glatt läuft, können 2014 die ersten geschützten Zuger und Rigi Kirsch gebrannt werden.



LEANDRA NEF
leandra.nef@zugerzeitung.ch



verbundene Aufwertung der Zuger Chriesi. Durch das AOP-Label möchte man die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen beim Konsumenten stärken, die regionale Qualität hochhalten und sich zudem vor Missbrauch des guten Rufs schützen. Hans

Auch die Dessertspezialität darf bald nicht mehr kopiert werden

van. Der Zuger Kirsch ist nun geschützt, eines der bekanntesten Produkte mit Kirsch als Zutat soll es bald sein: Für die Zuger Kirschtorte ist ein Gesuch hängig, gemäss welchem die süsse und alkoholhaltige Dessertspezialität eine so genannte geschützte geographische Angabe (GGA) sein soll (wir berichteten). Damit würde die Kirschtorte auf einer Stufe mit der St. Galler Kalbsbratwurst oder dem Bündner-

fleisch stehen. Das Gesuch liegt seit Mitte Juli auf. Derzeit läuft die dreimonatige Einsprachefrist. Gegen Ende Oktober sollte also bekannt sein, ob auch die Zuger Kirschtorte nicht mehr einfach kopiert werden darf.



Ist die Kirschtortenschutz wert? Bald soll der Entscheid fallen.

Bild Christian H. Hildebrand



Sie waren massgeblich am Markenschutz für den Zuger Kirsch beteiligt: Louis Suter (links) und Paolo Degiorgi.
Bilder Werner Schelbert/Christof Borner-Keller

Das Zitat



«Das ist völlig unrealistisch. Dann wäre Hünenberg mit einem Steuerfuss von 78 Prozent das Schlusslicht.»

Die Hünenberger CVP-Kantonsrätin Karin Andenmatten-Helbling zu den Plänen, in den nächsten zehn Jahren die Steuern um bis zu 8 Prozent zu erhöhen. 21

Meinungswandel löst Kopfschütteln aus

INTEGRATIONSGESETZ Die SVP bekämpft die Vorlage, die Ende Monat vors Volk kommt. Das war nicht immer so.

Auf den ersten Blick überrascht das nicht: Die SVP hat gegen das Integrationsgesetz das Referendum ergriffen. Für die Abstimmung am 22. September fasste die Partei einstimmig die Nein-Parole. Die Integration soll nicht auf Kosten der Steuerzahler erfolgen und sei keine staatliche Aufgabe, argumentiert die Partei. Überraschend ist aber der Meinungsumschwung, den offenbar drei Mitglieder der bürgerlichen Partei vollzogen haben. Denn Manuel Brandenburg, Philip C. Brunner (beide Zug) und Oliver Wandfluh (Baar) waren Mitglieder der vorberatenden Kommission des Kantonsrates. Diese hatte das Integrationsgesetz durchberaten, mit zahlreichen Änderungen ergänzt und schliesslich mit 11:2 Stimmen dem Kantonsrat Eintreten empfohlen. Einstimmig – mit 12:0 Stimmen – empfahl sie, ihren Änderungen

zuzustimmen. Dazu gehörte auch die Einführung von Erstgesprächen für alle neu Zugezogenen. Dieser Vorschlag wurde in der Kommission mit 13:1 Stimmen gutgeheissen. Die Erstgespräche hätten laut Kommissionsbericht jährliche Kosten von fast 480 000 Franken zur Folge. Zudem wären einmalige Investitionen von 75 000 Franken nötig. Das sind massive Mehrausgaben gegenüber dem Vorschlag der Regierung, welcher keine Erstgespräche vorsah. «Kein verlässlicher Partner» Aus dem Kommissionsbericht ist nicht ersichtlich, wer an welchen Sitzungen anwesend war und wer wie abgestimmt hat. Dies ist Teil des Kommissionsgeheimnisses. Aus den Stimmenverhältnissen lässt sich aber ableiten, dass auch SVP-Mitglieder dem Integrationsgesetz mit den Änderungen der Kommission zugestimmt haben. Dass diese Politiker nun ihre Meinung um 180 Grad geändert haben, kritisiert Kantonsrat Pirmin Frei (CVP, Baar) in einem Leserbrief (siehe Seite 13). «Es ist nicht richtig, wenn man in der Kommission die eine Meinung vertritt und nachher die andere», sagt er. So sei die SVP kein verlässlicher

Partner, fügt Frei an. «Ich kann mir vorstellen, dass ziemlich viel Kalkül dahintersteckt.» Konkret: Die SVP könnte das Integrationsgesetz durch die Kommission und den Kantonsrat gebracht haben, um es danach öffentlichkeitswirksam zu bekämpfen, so die Vermutung von Pirmin Frei. Schliesslich gehe die Ausländerpolitik zu den Kernthemen der SVP. In der Fraktion überstimmt Auf diesen Meinungswechsel angesprochen, reagieren die SVP-Vertreter zurückhaltend. Oliver Wandfluh war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Manuel Brandenburg beruft sich auf Anfrage als Erstes auf das Kommissionsgeheimnis.

«Ich kann mir vorstellen, dass ziemlich viel Kalkül dahintersteckt.»
PIRMIN FREI,
KANTONS RAT CVP

Bei den verschiedenen Sitzungen in der vorberatenden Kommission seien nicht immer alle Mitglieder anwesend gewesen. «Ob ich in der Schlussabstimmung dabei war, darf ich wegen des Kommissionsgeheimnisses nicht sagen», so Brandenberg. Er betont aber, dass er von Anfang an gegen das Integrationsgesetz gewesen sei, und fügt an: «Es gibt Kommissionsmitglieder, die in der Fraktion überstimmt wurden. Sie wollten wegen der vielen Ausländer, die in Zug leben, etwas für die Integration tun.» Die Fraktion habe ihr Nein zum Integrationsgesetz im Kantonsrat konsequent vertreten. Dass bei ihm ein Meinungsumschwung stattgefunden hat, bestätigt Philip C. Brunner nach reiflicher Überlegung. «Entscheidend war für mich, dass die Integrationsgespräche vom Kantonsrat wieder gestrichen wurden.» Das nun vorliegende Integrationsgesetz sei eine absolut weiche Lösung: «Sie fordert nichts mehr von den Ausländern. Somit ist überhaupt keine Früherkennung von Defiziten möglich», sagt Brunner. Deshalb habe er das Integrationsgesetz ohne die geforderten Erstgespräche auch schon im Kantonsrat abgelehnt. CHRISTIAN GLAUS christian.glaus@zugerzeitung.ch